

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Krankenkassen- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 34

Er erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis: 2,50 RM für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postämter.

Gotha, 22. August 1920

(Zentralblatt Nr. 176.)

3 separate kosten 75 Pfg. die einpaltige Beilage.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

34. Jahrg.

Die Geschäftsfestung der Schuhindustrie in statistischer Beleuchtung.

Ueber die Wirkung der Abstritte im Schuhhandel auf die Schuhindustrie hat der Verband eine statistische Untersuchung unternommen. Die Feststellungen, die sich auf den Stand des Beschäftigungsverhältnisses am 1. Juli 1920 beziehen unterrichten darüber, daß Entlassungen und Einstellungen von Schuhfabriken in ganz betrüblichem Umfange vorgenommen worden sind, so daß man sagen kann, daß nur ein wüßiger Bruchteil der gesamten Schuhindustrie von der Krise unberührt geblieben ist. Das „Fachblatt“ hat auf das Gesamtergebnis der Umfrage bereits Bezug genommen. Zur genaueren Information sollen hier nun noch die Ergebnisse, nach den Bezirken unseres Verbandes, dargestellt werden.

Am 1. Juli stellte sich demnach die Zahl der gänzlich stillgelegten Schuhfabriken und die Zahl der hierdurch arbeitslos gewordenen Arbeiter wie folgt:

Bezirk	Anzahl Fabrikanten	Anzahl der betroffenen Arbeiter	
		männl.	weibl.
Bez. 1. Eis Nürnberg	28	853	681
Bez. 2. Eis Stuttgart	57	1531	1042
Bez. 3. Eis Bismarck	705	7708	6539
Bez. 4. Eis Frankfurt a. M.	18	326	561
Bez. 5. Eis Köln a. Rh.	17	319	230
Bez. 6. Eis Hamburg	7	287	178
Bez. 7. Eis Berlin	62	1108	610
Bez. 8. Eis Dresden	71	1912	1765
Bez. 9. Eis Erfurt	30	642	384
Zusammen	965	14996	11008

Wie bekannt, äußerte sich die Wirkung der Krise am einseitigsten in der pfälzischen Schuhindustrie, die bis auf nur wenige Betriebe zum Stillstand kam. Wie ersichtlich ist es weiter auch in Sachsen und Württemberg, in Bayern und in Berlin zu umfangreichen Betriebsentlassungen gekommen. Die Schuhindustrie hatte ja schon seit Monaten an vielen Plätzen mit fast eingeschränkter Arbeitszeit gearbeitet. Der weiterverbleibende Teil der Schuhfabriken suchte nun an fast allen Orten durch eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf 24 Stunden pro Woche und noch weiter herunter, und durch Vornahme von Arbeiterentlassungen den Betrieb einzufrieren, um die Weiterarbeit zu ermöglichen. Ueber die Zahl der Betriebe, die zum Erhebungszeitpunkt mit eingeschränkter Arbeitszeit arbeiteten, bezw. die unmittelbar vorher Arbeiterentlassungen vorgenommen hatten, hat die Statistik folgendes ermittelt:

Bezirk	Arbeiterentlassungen			Arbeitszeitverkürzung		
	Be-triebe	männl.	weibl.	Be-triebe	männl.	weibl.
I.	16	285	625	910	1374	1012
II.	12	212	345	557	2520	1973
III.	—	—	—	1	75	75
IV.	14	298	800	1038	1382	2289
V.	80	565	667	1222	597	444
VI.	6	41	114	155	288	229
VII.	21	128	187	315	1369	735
VIII.	53	427	765	1122	3625	2804
IX.	38	352	549	911	4114	4390
Zus.	186	2366	3692	6225	16038	12901

Die Arbeiterentlassungen waren demnach im Frankfurter, Kölner und auch im Dresdener Bezirk beträchtlich. Besonders auffallend ist die kürzere Zahl der Entlassungen von weiblichen Arbeitskräften. In den letzten Monaten war man bereits vielfach zu Entlassungen von Frauen gezwungen, die nicht als alleinige Ernährer von Familien zu betrachten waren, aus Grund von Anwohnen der Demobilisierungsgelassenen. Die hier ermittelte Zahl der Entlassungen der Arbeitslosen aus den gänzlich geschlossenen Betrieben hinzugesetzt, ergibt für die Zeit der statistischen Aufnahme ein Arbeitslosenhverhältnis von 31 927 Personen! Das ist ungefähr der dritte Teil aller in der Schuhindustrie Beschäftigten. Annähernd weitere 30 000 Personen standen unter härtester Arbeits-

eingeschränkung. Ein Teil der Betriebe arbeitete nur einige Tage in der Woche, andere setzten ein um die andere Woche ganz aus, wieder andere hatten zur täglichen Arbeitseingeschränkung gezwungen.

In den Bezirken Frankfurt a. M. (4.) und Thüringen (9.) wo vollständige Stilllegungen nicht so zahlreich waren wie anderwärts, machte sich, wie ersichtlich, eine umso härtere Arbeitseingeschränkung bemerkbar. Außerdem ist die ermittelte Zahl der verkürzten Arbeitenden im Bezirk Sachsen sehr betrüblich. An den Endzahlen kann man erkennen, daß fast die gesamte Schuhindustrie ins Stocken geraten war. Zu den 955 gänzlich stillgelegten Betrieben kamen 328 hinzu, die nur noch bei empfindlich eingeschränkter Arbeitszeit im Gange waren, und noch eine Anzahl, die härtere Arbeiterentlassungen vorgenommen hatten; also waren es etwa 1400 Betriebe, die von dem Niedergang betroffen waren. Auf ungefähr 1700 Schuhfabriken wird die deutsche Schuhindustrie geschätzt, ein verhältnismäßig kleiner Teil war demnach von der Krise noch verschont. Aus einer Anzahl Orte lagen aber Berichte über die Gefahr weiterer Betriebserschließungen vor. Inzwischen sind aber auch wieder Meldungen eingegangen, daß hier und dort der Betrieb ganz oder teilweise wieder aufgenommen wurde. Eine durchgreifende Besserung ist indes noch nicht zu spüren.

Die Fragestellung hatte sich auch darüber verbreitet, auf wieviel Stunden pro Woche die Arbeitszeit in den Betrieben herabgesetzt worden war. Ein großer Teil war bereits zur 24stündigen Arbeitszeit in der Woche übergegangen, ja zum Teil wurde nur noch 20 und in einer Betriebsabteilung sogar nur noch 12 Stunden pro Woche gearbeitet. Die vollständige Arbeitszeit resp. eine längere, war nicht mehr sehr häufig. Von den 29 000 verkürzten Arbeitenden wurden nur 1382 Personen noch 40 und mehr Stunden pro Woche beschäftigt. Zusammengefaßt arbeiteten verkürzt pro Woche:

Bezirk	24 Stunden und weniger			40 bis herab zu 25 Stunden		
	Be-triebe	männl.	weibl.	Be-triebe	männl.	weibl.
I.	8	631	993	1024	10	743
II.	15	1184	994	2178	19	1336
III.	—	—	—	—	1	75
IV.	8	587	760	1847	8	796
V.	7	235	173	408	15	832
VI.	7	214	163	377	3	74
VII.	27	798	494	1280	20	528
VIII.	54	2074	1721	3795	54	1451
IX.	19	1062	1270	2382	42	2922
Zus.	155	6808	5908	12771	171	8252

Von den 328 Schuhfabriken, die zu einer Arbeitszeitverkürzung geschritten waren, arbeiteten demnach 155, das ist fast die Hälfte, nur noch 24 Stunden in der Woche. Mehr als zwölftausend Arbeiter mußten sich mit der Hälfte ihres normalen Verdienstes begnügen. Die übrigen sechszehntausend Arbeiter waren nicht viel besser gestellt, denn der größte Teil von ihnen war auch nur etwa 30 Stunden in der Woche beschäftigt. Mit den Existenzverhältnissen der Arbeiter steht es demnach seit Monaten schon sehr traurig aus. Durch Abmachungen des Verbandes mit den Arbeitgebern hatten sich letztere in einer Anzahl von Bezirken und Betrieben bereit erklärt, bei Kurzarbeit, die unter 40 Stunden herunterging, eine Entschädigung zu gewähren. Die Höhe der Entschädigung war je nach den Abmachungen verschieden; sie schwankte zwischen 30%, Prozent und 50 Prozent Vergütung des durch die ausfallende Arbeitszeit verurteilten Lohnes. In einzelnen Fällen wurden auch nur 25 Prozent Entschädigung gewährt; zum Teil wurde auch zwischen ledigen und Verheirateten sowie auch nach Alter und Geschlecht eine Unterscheidung in der Höhe der Vergütung getroffen. Eine zwingende Verpflichtung zur Leistung dieser Vergütung haben die Arbeitgeber größtenteils aber nicht übernommen; ebenfalls haben sie die Unterfertigung nur für eine ungewisse Dauer in Aussicht gestellt. In manchen Betrieben ist die Unterfertigung bereits wieder eingestellt, während ein großer Teil von Fabriken von vornherein keine Entschädigung gewährt hat. Für Anfang Juli wurde über Kurzarbeiterentlohnung durch die Statistik folgendes ermittelt:

Bezirk	Es zahlten Entschädigung			Keine Entschädigung		
	Be-triebe	männl.	weibl.	Be-triebe	männl.	weibl.
I.	18	1312	967	2279	2	62
II.	11	1520	1816	2838	23	1000
III.	—	—	—	—	1	75
IV.	11	1289	2215	3464	5	114
V.	11	362	283	645	11	206
VI.	2	104	86	190	7	184
VII.	6	181	151	332	51	1128
VIII.	26	1021	1058	2079	82	2504
IX.	31	3222	3660	6882	30	792
Zus.	114	8991	9736	18727	212	6064

Nur 114 Fabriken haben demnach Kurzarbeiterentlohnung gezahlt, für welche 18 727 Personen in Betracht kamen. Mehr als 10 000 Personen in 212 Fabriken erhielten für die ausfallende Arbeitszeit keine Entschädigung. Im Bezirk Bayern, wie überhaupt in Süddeutschland mit Ausnahme der Pfalz war, wie ersichtlich, bei den Fabrikanten die Bereitschaft größer als im Norden, den Arbeitern in dieser Hinsicht ein Entgegenkommen. Wie beispielsweise wurde nur in einem einzigen Betrieb Kurzarbeiterentlohnung gezahlt, und in der sächsischen Schuhindustrie besonders zeigte nur einzelne Fabrikanten den Arbeitern in dieser Hinsicht ein Entgegenkommen. Wie sind der Überzeugung, daß im Norden wie im Süden unter denjenigen Fabrikanten, die eine Entschädigung ablehnen, so mancher sehr wohl in der Lage ist, aus den Konjunkturgewinnen der letzten Jahreszeit den Arbeitern etwas zukommen zu lassen.

Die Zahl derjenigen, die bei völliger Entlohnung wegen vorübergehender Betriebserschließung oder „Stilllegung“ von den Fabrikanten Unterstützung erhalten ist sehr gering. Die Statistik hat auch diese Frage aufgeworfen und im ganzen nur 43 Betriebe ermittelt, die an Leute, die ganz aussetzen müssen, Unterstützung zahlen. Die Zahl der vorläufig Entlassenen aus diesen Betrieben beträgt 2945; jedoch erhalten diese keinesfalls alle eine Unterstützung. Es werden verschiedenlich z. B. in Gotha pro einzelne Leute mit harter Familie usw. mit einer Unterstützung bedacht, in anderen Fällen wieder hat man eine einmalige Beihilfe gegeben. In Bismarck machte ein Teil der nicht arbeitenden Leute eine einmalige Unterfertigung in verschiedenem Maße, im Höchstmaß im Betrage von 150 RM, zur Auszahlung. In Wermelskirchen erhielten Ledige 25 Proz., Verheiratete 33%, Prozent ihres Verdienstes als Beihilfe.

Die große Masse der über 30 000 Arbeitslosen in der Schuhindustrie ist also auf die lange staatliche Erwerbslosenfürsorge angewiesen, obwohl viele darunter sind, die schon seit Monaten unter fast verkürzter Arbeitszeit mit einem geringen Verdienst begnügen mußten. Die Schuharbeiter haben unter der größten Not zu leiden, die wirtschaftliche Lage eines Teils derselben ist geradezu hoffnungslos. Das schlimmste dabei ist, daß vom 1. Januar dieses Jahres ab die Erwerbslosenfürsorge grundsätzlich nur für die Dauer von insgesamt 28 Wochen gewährt werden soll. Damit wäre für die am dringlichsten betroffenen Opfer der Krise die Existenz ganz in Frage gestellt.

Von der Regierung muß verlangt werden, daß die Durchführung dieser Bestimmung unterbleibt. Die Not der Arbeiter in der Schuhindustrie ist groß, und dieser Not zu steuern, ist Pflicht der Allgemeinheit. Von einem Abbau der Erwerbslosenfürsorge, wie er angefragt wurde, kann keine Rede sein. Im Gegenteil: es ist Pflicht des Reiches, der Staaten und der Gemeinden, für die arbeitslosen und kurz arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie eine ausreichende Erwerbslosenunterfertigung zu gewähren. Damit ist das Vebel aber keineswegs behoben. Es ist vielmehr notwendig, daß die Politik des Staates Maßnahmen trifft, damit die Produktion wieder in Gang gebracht wird. Maßnahmen wie Schulhaushalte durch die Reichsfinanzverwaltung in Verbindung mit der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind dazu noch nicht genügend.

Von den gesetzgebenden Gewalten haben wir zu fordern:

1. Maßnahmen zur Weiterführung der stillgelegten Betriebe, deren Produkte als Gebrauchsgüter der Bevölkerung benötigt werden. Ferner Wiederbelebung

...zunächst unter Durchführung einer den Verhältnissen entsprechenden Arbeit.

2. Entziehung der absoluten Verfügungsgewalt des einzelnen Kapitalisten über die Arbeit, sofern ohne zwingende Gründe Stilllegung und Arbeitsentlassungen durch Entlassung der Arbeitseinstellung.

3. Behinderung der Profitwirtschaft durch planmäßig organisierte Produktion, Begrenzung des Warenangebots durch Behinderung der Spekulation mit Rohmaterial und Fertigfabrikaten und entsprechende Verbilligung der Ware.

4. Ausreichende Unterstützung der arbeitslosen und kurz arbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen aus Mitteln des Reiches, des Staates und der Gemeinden.

Betriebsräte-Konferenz unseres Verbandes.

Die Betriebsrätekonferenz unseres Verbandes, die vom 9.-11. August in Nürnberg tagte, hat gezeigt, wie außerordentlich notwendig insbesondere in dieser Zeit wirtschaftlicher Krisen eine Einigung der Betriebsräte geworden war. Als ein befriedigendes Zeichen der Zeit kann auch die Tatsache begrüßt werden, daß fünf Vertreter des Werksmeisterverbandes der Schuhindustrie der Einladung zur Teilnahme an der Konferenz nicht nur gefolgt waren, sondern sich auch regen an den Beratungen beteiligt haben. Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Simon, benutzte in seiner Begrüßungsansprache die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie Arbeiter und Angehörige in vielen Stücken aufeinander angewiesen seien, wie notwendig es deshalb sei, beide Gruppen mit dem einzigen gemeinsamen Punkt zu durchdringen. Die erfolgte Führungsinne gebe der Hoffnung Raum, daß Arbeiter- und Meisterorganisationen zunächst auf dem Wege über Kartellverträge, später vielleicht durch noch engere Fühlungnahme zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben schreiten.

Die Konferenz war unter der Leitung von 62 Vertretern der Betriebsräte, die des weiteren nahm als Gast ein Vertreter der Betriebsrätezentrale Schminke daran teil. Einige Momente dagegen, daß die Konferenz nicht nach dem Stärkeverhältnis der Zahlstellen zusammengesetzt worden sei, werden dahingehend aufgeklärt, daß es darauf ankam, das Kostenpaar halber den Kreis der Teilnehmer möglichst klein zu halten und doch auch Orten mit kleineren Betrieben eine Vertretung zu sichern.

Auf eine Anfrage des Kollegen Dieckel-Burglind hat über zu ergreifende Maßnahmen gegenüber der bestehenden gewalttätigen Situation in der Schuhindustrie eingehend, besuchte Kollege Simon zunächst die gegenwärtige Situation in der Schuhindustrie. Er verwies auf den ungeheuerlichen Umfang, den die Krise gerade in der Schuhindustrie gegenüber anderen Berufen, die zum Teil immerhin noch besser stehen, angenommen hat. (Das betreffende statistische Zahlenmaterial über Betriebsstilllegungen und die Arbeitslosigkeit wurde bereits im Jahrbuch veröffentlicht.) Trotz monatelang bestehendem Verbot ist nun die ärgste Not in Tausenden von Familien eingetroffen. Auf der anderen Seite halten sich die Lebensverhältnisse auf unvorstellbar hohem Niveau. Die Arbeiter allein die Ernährungskosten einer vierköpfigen Familie 268,50 M. pro Woche gegen 23,97 M. im Jahre 1914. Als nun die Mark anging, wieder im Kurse zu steigen, da war die Folge der Zusammenbruch der Produktion. Das ist der kapitalistische Widerstand, daß unter dieser Produktion die Arbeit nicht Zweck der Bedürfnisbefriedigung ist, sondern nur als Mittel angesehen wird, kapitalistische Gewinne zu machen. Der Kapitalismus will sich auf die Gebiete, die den größten Gewinn versprechen, im gegebenen Moment geht es sogar dazu über, die Produktionsmittel auf Abruch an das Ausland zu veräußern. Die Wirtschaftssituation entstand, weil trotz dringendem Bedarfs durch die Steigerung der Preise die Konsumfähigkeit abgenommen war. Die Hoffnung, daß durch eine durchgreifende Senkung der Hauptpreise die Lage der Leder- und Schuhindustrie sich wesentlich bessern würde, war trügerisch. Nach einer gewissen Senkung zeigen die Hauptpreise wieder eine steigende Tendenz. Eine starke Senkung des Warenabgabes sei demnach in Frage gestellt, bestenfalls würde der Notbedarf in den Wintermonaten etwas einwirken. Die teuren Lederpreise seien von der knappen Gütermenge beeinflusst. Die Preise des Lebensmittels seien heute das zwanzigfache des Friedenswertes; das alte Verhältnis angenommen würden ein Paar Herrenstiefel heute den Preis von etwa 240.- M. erreichen. Da aber für Löhne und andere Speise die Steigerung durchaus nicht das gleiche Verhältnis aufweist, so stellt sich der Preis bei genauer Kalkulation um etwas niedriger. Durch Ausschaltung unwirtschaftlicher Profite sei eine Senkung der Preise und eine Beseitigung des Abfalles sehr wohl möglich. In einer Gutachterkommission im Reichswirtschaftsrat habe er deshalb die Bewirtschaftung des Hauptmaterials aus Inlandsbeschaffungen durch Schaffung eines Kartellmonopols für Häute vorgeschlagen. Ferner ein Einkaufsmonopol für alle Firmen, die Häute vom Ausland einführen, wodurch es für das zu fertigende Produkt annehmbare Mittelpreise ermöglicht werden könnten. Die Hauptpreise müßten in möglichen Grenzen gehalten, illegaler Handel und illegales Beiß von Häuten müsse unter strengste Strafe genommen werden. Das System der Entziehung der Lebensgewinne, wie auch andere

Fehler der früheren Zwangswirtschaft müßten aber abgelehnt werden. Es sei falsch, anzunehmen, daß wir den Hauptteil des Bedarfs an Rohhäuten vom Ausland nötig hätten. 72 Prozent aller Eingehungen vom Jahre 1912 z. B. stammten aus Inlandsgefällen. Durch eine gezielte Einbürgerung der Luxusindustrie könnte die für Bedarfsartikel vorhandene Lederknappheit ebenfalls zu einem gewissen Teil behoben werden. In der Gutachterkommission, in welcher außer den Arbeitern die Schuh- und Lederfabrikanten, sowie auch das Handwerk vertreten war, gingen die Ansichten auseinander. Obiges Gutachten fand nicht einmal die Unterstützung von allen Arbeitervertretern (die Vertreter der Lederarbeiter unterstützten es nicht) obgleich von keiner anderen Seite irgend ein Vorbehalt auf Beseitigung des Notstandes gemacht worden wurde. Man hat den Eindruck, daß dadurch von falschen Voraussetzungen ausgehend, diese Vertreter der Arbeiterschaft unbewußt den Interessen der Unternehmer dienen.

Angeht es die Schwere des Notstandes, unter welcher die Arbeiter der Schuh- und Lederindustrie gegenwärtig zu leiden hat, wird ein fortwährender Eingreifen der Regierung zur Beseitigung der Krise für notwendig erachtet. Die Konferenz sagte ihre Forderungen in folgender Entschließung zusammen, die den Regierungsstellen zu geleitet werden soll:

Entschließung.

Die Konferenz der im Zentralverband der Schuhmacher organisierten Betriebsräte der Schuhindustrie hat Stellung genommen zu der in der Schuhindustrie herrschenden Krise und stellt fest, daß nach einer vorgenommenen Zählung Ende Juni 31 927 Arbeiter der Schuhindustrie arbeitslos und 29 006 mit stark vermindertem Arbeitsmaß beschäftigt waren. Nur rund ein Drittel der in der Schuhindustrie Tätigen war voll beschäftigt. Auch nach dem Reichsarbeitsblatt stehen die Schuhmacher bezüglich der Arbeitslosigkeit von allen Berufen an erster Stelle. Dieser schwere Niederbruch der Schuhindustrie ist das Endergebnis der Wiedereinführung der freien Wirtschaft, wie sie durch den Beschluß des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung vom 15. August 1919 herbeigeführt wurde.

Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft schneitend die Preise für Häute, Leder und Schuhwerk so in die Höhe, daß die Preise für Schuhwerk für den größten Teil des Volkes unerschwinglich wurden. Nicht ein „Käuferfreier“, wie vielfach behauptet wurde, hatte Platz gegrienen, sondern die Kaufkraft großer Volksmassen war erschöpft. Durch die große Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie ist ein ungeheurer Notstand bei den hierin betroffenen Arbeitern eingetreten, der dringend der Abhilfe bedarf. Die Verantwortung für die Not und das Elend, welches über eine so große Anzahl Arbeiter der Schuhindustrie herabgekommen ist, sowie die Verantwortung dafür, daß für viele Volksteile die Preise für Schuhwerk unerschwinglich geworden, trifft jene Kreise, die mit allen Mitteln die Aufhebung der Zwangswirtschaft betrieben, und die Volkserhaltung, die diesen Verlangen entsprochen hat. Es muß verlangt werden, daß schleunigst Maßnahmen getroffen werden, um diesen Notstand zu beseitigen.

Die große Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie kann nur beseitigt werden, wenn die Preise für Häute und Leder so gesenkt werden, daß es möglich ist, Schuhwaren zu Preisen herzustellen, die für die großen Volksmassen erschwinglich sind. Da, solange das Produkt knapp ist, in der freien Wirtschaft eine Preisentzug nicht eintreten wird, fordert die Betriebsräte-Konferenz die Einführung einer planmäßigen Wirtschaft.

Um die Preisbildung auf dem Häutemarkt zu beeinflussen, ist die Einführung eines „Häutemonopols“ notwendig. Die Erfassung der Häute kann nur erfolgen, wenn Viehhalterschaft angelegt und jede Verschlebung von Häuten und Leder mit Gefängnis bestraft wird. Leder- und Schuhindustrie sind zu Zwangsindustriellen zusammenzufassen und die Preise für die Erzeugnisse festzusetzen. Die Leitung dieser Zwangsindustrie muß paritätisch zusammengelegt sein und aus Herstellern, Arbeitern und Verbrauchern bestehen.

Als sofortige Schritte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit fordert die Konferenz:

1. Gezielte Maßnahmen zur Wiederinbetriebsetzung stillgelegter Betriebe. Soweit Unternehmer sich weigern, ihre Betriebe weiterzuführen oder wieder zu eröffnen, sollen diese Betriebe von den Betriebsräten weitergeführt werden.
2. Die Arbeitszeit ist unter die im Tarif festgesetzte Arbeitszeit herabzusetzen.
3. Erhöhung der Unterstützung für Arbeitslose und Beseitigung der Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.
4. Den Betriebsräten müssen erweiterte Rechte eingeräumt werden, um einen bestimmenden Einfluß auf Produktion und Preisbildung ausüben zu können. Die Konferenz beauftragt den Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher, in vorstehendem Sinne zu wirken.

Als erster Redner in der weiteren Aussprache nahm Herr Pfeiffer vom Verband der Werksmeister das Wort. Er begrüßt die Tagung vonseiten seines Verbandes und spricht die Hoffnung aus, daß sich zwischen den Verbänden ein gutes Einvernehmen entwickeln möge. Wir sind alle Arbeitnehmer, in dieser Hinsicht besteht kein Gegensatz. Zu erhoffen sei, daß der schweren Stellung des Meisters vonseiten der Betriebsräte im Arbeitsverhältnis Per-

ständnis entgegengebracht werde. Sorge bei den Verbänden müsse es sein, Differenzpunkte im Wege des Ausgleichs zu erledigen. Beide Organisationen müssen die Gewähr übernehmen, daß beide Gruppen sich bei keiner Gelegenheit in den Mitten fallen. Ein gemeinsamer Bund oder Bund und Kampfverbände im letzten Stadium des zu erzielende Ziel. (Beifall.)

Hierauf wurde zum Punkt Betriebsräte und Gewerkschaften übergegangen. Kollege Simon als Referent machte etwa folgende Ausführungen:

Seit Monaten ist es zu einem heftigen Streit über die Zusammenfassung und die Aufgaben der Betriebsräteorganisationen gekommen. Der Aufbau nach den Beschlüssen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes liegt gebredet vor. Die Betriebsrätezentrale in Berlin, die bereits im Vorjahr eintrat, verlangt für die Betriebsräte eine eigene Organisation, die volle, auch finanzielle Unabhängigkeit von den Gewerkschaften verlangt. Nach längeren Beratungen zwischen dieser Zentrale und dem Berliner Gewerkschaftsverband kam es zu einem Kompromiß. Ob dieser Kompromiß die Angelegenheit befriedigend ist, ist zu bezweifeln. Es ist nicht angängig, die sozialen und wirtschaftlichen Fragen wie auch die Lohnfrage durch die Betriebsräte regeln zu lassen, das ist Sache der Gewerkschaften. Deshalb sind losgelöste Organisationen mit eigenen Beiträgen nicht erforderlich. Die Betriebsräte sind viel mehr als die Vertrauensleute der Organisationen. Das Betriebsrätegesetz weist ihnen bestimmte Aufgaben zu, die das gewerkschaftliche Gebiet betreffen. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist nur durch eine Zentrale möglich, die Lebenskraft besitzt; es muß vor dem Betriebsgewerkschaftsverband stehen, der da glaubt, jeder Betrieb könne einzeln für sich nach Belieben vorgehen. Das würde zu einem Durcheinander, zu der Zerstückelung der Kräfte in Einzelhandlungen und zur Unfähigkeit für große Aktionen führen. Mit Unrecht beruft sich die Gegenseite auf England. Dort sind die Gewerkschaften die eigentlichen Träger des Wideraufbaues. Die Betriebsräte spielen nicht etwa eine untergeordnete Rolle, aber sie sind dort die verantwortlichen Organe der Gewerkschaften. Man glaube doch nicht, daß mit Aufstellung einer neuen Organisation, einer besonderen Zentrale, auch ein neuer Geist einkehrt, es kommt vielmehr darauf an, für Erziehung und Auffklärung zu sorgen und die vorhandenen Organisationen im revolutionären Sinne umzuformen. Man kann nicht vorwärts kommen, wenn man ein bestehendes Instrument verformt oder zur Unkenntlichkeit verunstaltet. Es gilt, zuerst den Individualismus, den egoismus, das Fehlen des Gemeinschaftsgeistes und die geistige Trägheit auszumergen. Hierbei müssen die Betriebsräte als Glieder der Organisation mitwirken. Dem dürfen sie nicht gegen, sondern mit und in den Gewerkschaften ihre Tätigkeit ausüben.

In der Diskussion bemerkte Schmidt-Breslau: Die Regelung der Lohnfrage ist den Betriebsräten durch das Betriebsrätegesetz zur Aufgabe gemacht. Das muß im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geschehen. Wenn vielfach dahin gedrängt wird, ohne Beizugung der Gewerkschaften vorzugehen, so hat dies in den großen Miskräften, die in den Fabriken bestehen, seinen Grund.

Müller-Berlin: Die Berliner Betriebsrätezentrale will sich nicht ohne die Gewerkschaften konstituieren, sondern will mit ihnen Hand in Hand gehen. Wir in Berlin stehen hinter der Zentrale, da wir unter der Führung der Generalkommission bejubeln, in den alten Sumpf zu geraten. Die Betriebsrätezentrale hat von ihrem ursprünglichen Standpunkt etwas nachgegeben, ihre Einigung mit der Gewerkschaftskommission (Berliner Gewerkschaftsarbeit) wurde mit größter Beifriedigung angenommen. Es sind keine Reibungen mit den Gewerkschaften zu befürchten. Beim Kampfbund hat es sich gezeigt, daß man auf alle, nicht nur die rein gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte angewiesen ist, ohne Rücksicht auf Parteipartierung. Die Gesamtheit der Kräfte gilt es zusammenzufassen; wir hatten bisher ja auch keine Bedenken, auf gewerkschaftlichem Gebiet mit den Christlichen zu partieren. Wenn sich die deutschen genau so wie die russischen Gewerkschaften zu revolutionären Organisationen umgestaltet hätten, wäre eine besondere Reorganisation überflüssig.

(Fortsetzung folgt.)

Gefahr und Zustände im bolschewistischen Rußland.

Die Umwälzungen, die der Krieg auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens zeitigte, sind in ihrer Gesamtheit und in ihren letzten Wirkungen noch nicht zu übersehen und niemand kann ermessen, welchen Einfluß diese gewaltige Erschütterung auf die zukünftige Menschheitsentwicklung weiter ausüben wird. Ursprünglich aus kapitalistisch-imperialistischen Beweggründen herbeigeführt, hat der Krieg Kräfte ausgesetzt und damit Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen, die ganz gewiß nicht im Sinne der Urheber dieses entsetzlichen Völkerringens lagen. Und wie der Kulturweg der Menschheit trotz allen getwinnlichen Rückschlägen durch Kampf und Katastrophen und über Überwältigungen und Semungen hinweg doch unaufhaltsam aufwärts geht, so hat auch dieser Krieg die politischen und moralischen Kräfte machtvoll aufgerüttelt und im Rückblick auf das Ergebnis dieser vierjährigen geistigen und körperlichen Tortur lebt in Millionen von Menschen der Gedanke, daß die Menschheit eine solche

Drangsal nicht ein weiteres Mal wieder da, daß alle Kräfte und Fähigkeiten angestrengt und bekräftigt werden müssen, um die Zukunft erträglicher, besser, menschenwürdiger zu gestalten, als die Vergangenheit war.

Am mächtigsten tritt diese Reaktion in den Ländern in die Erscheinung, die nach diesem Krieg als die Befiegten am Boden liegen. Aber die gewaltige Erschütterung, die vier Jahre lang über Zentral-Europa hinwegging, legte ihre Wellen über den ganzen Erdball fort, und der Prozeß der Revolutionierung, der von dem Kampfgebiet ausging, ist in seinen letzten Ausläufen noch lange nicht zu Ende gekommen, und daher sind die Wirkungen auf die Zukunft noch nicht zu übersehen.

Am deutlichsten treten die Wirkungen des Krieges jetzt schon in den geographischen Verschiebungen auf der veränderten Landkarte in die Erscheinung. Hier haben wir es mit einer Tatsache zu tun, die der Logik und dem beschränkten Zweck dieses Krieges entspricht, und die wir einstweilen als unabänderlich hinnehmen müssen. Nicht so offensichtlich sind aber gegenwärtig schon die inneren Wirkungen, die der Krieg auf die soziale Struktur, auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und auf die Anschauungen der Menschen ausübt. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß sich hier Umwandlungen vollziehen, die jetzt erst in ihrem Ausgangspunkt einer neuen innerpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung liegen. Nur wird sich die Umwandlung mit allen ihren Konsequenzen allerdings nicht so schnell vollziehen, wie es viele sich denken. Das lebende Geschlecht hat den Kampf geführt, die Erfolge werden erst zukünftige Generationen ganz übersehen und für sich verwinden können.

Das Land, in dem die Erschütterung die tiefgreifendsten Folgen zeitigte, die einer besseren Zukunft entgegenstrebenden Kräfte sich am mächtigsten ausübten, der Umstrukturierung am nachschärfsten vollzog, ist Rußland. Sichtbarer und vorgezeichnet als in anderen Ländern tritt hier die völlige Umwandlung, der Aufbau einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung in die Erscheinung. Und am heftigsten hat hier der Kampf um die Neugestaltung tobend. Es lag nicht nur in der Absicht der führenden Bolschewisten, sondern ganz naturgemäß mußte sich während der Zeit der schwersten inneren Kämpfe ein Zustand der Isolation einstellen. Die russische Revolution hatte sich gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen, und so waren die Nachrichten, die von dort her kamen, recht dürftig und außerdem entstellend und verlogen.

Was ging in Rußland vor?

Diese Frage beschäftigte Millionen von Menschen, aber eine sichere Antwort war nicht zu erlangen. Dieser geheimnisvolle, nachgeschilderte Zustand gab die Veranlassung, daß Schauergerüchte durch die Welt liefen, die, obgleich sie alle Merkmale der Unwahrscheinlichkeit und tendenziösen Entstellung in sich trugen, doch glaubhaft worden sind. Gewiß ist dieser gewaltigste innere Kampf, den je ein Volk durchlief, nicht ohne Opfer verlaufen, und es ist unvermeidlich, daß sich hierbei dramatische Einzelheiten abspielten. Aber was die Zukunft bei in kapitalistischer Aufbaumasse lebenden Gesellschaften erhoffte und an die Wand malte, ist nicht eingetroffen. Die von hier ausgehenden Schilderungen über russische Zustände haben sich als Entstellungen herausgestellt und die Prophezeiungen über den Zusammenbruch der russischen Revolution und den Sturz der bolschewistischen Regierungen wurden durch die Tatsachen widerlegt. Die bolschewistische Idee hat alle Hemmungen und Angriffe überwunden, und es sieht nicht danach aus, als ob eine reaktionäre Gegenbewegung dort die Herrschaft gewinnen könnte.

Allmählich werden nun auch nähere Einzelheiten über die Verhältnisse in Rußland bekannt, und dabei stellt sich heraus, daß man sich, bezichtigt durch die umlaufenden Schauergerüchte, vielfach ganz falsch und in bezug auf die Unwahrscheinlichkeit der dortigen Zustände übertriebene Vorstellungen gemacht hat.

Das Osteuropa-Institut in Breslau hat vor kurzem die „Geographie der Bolschewistik“ in deutscher Uebersetzung herausgegeben. (Leubners Verlag, Leipzig und Berlin.) Hierin spiegelt sich auf authentischer Grundlage wider, in welchem Grade sich die sozialistische Idee in Rußland durchgesetzt hat.

Eine der ersten Maßnahmen war die gesetzliche Einführung des Achtstundentages. Die Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren ist verboten. Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nur 6 Stunden arbeiten. Für alle Entscheidungen auf dem Gebiete des Arbeitswesens sind die Gewerkschaften maßgebend, und einer Gewerkschaft muß jeder Verdienende, Mann oder Frau, angehören. Es gibt im bolschewistischen Rußland keine Grundbesitzer mehr. Die Kron- und Reichsgüter, sowie der Boden des privaten Grundbesitzers wurden ohne Entschädigung aufgehoben und dem Agrarminister unterstellt, ausgenommen sind die Güter der Bauern und der Kolonisten. Der konfiszierete Boden ist Staatsbesitz und wird periodisch unter die Landbevölkerung verteilt. Es sind für die Berechnung der Normalbodenfläche für die einzelnen Arbeitskraft eingehende Bestimmungen getroffen. Bedingung ist, daß das übertragene Land auch ordnungsmäßig bebaut wird. Überschüssig ist, so steht das Gesetz Geldstrafen für die Säumnigen vor. Die den Eigenbedürfnissen übersteigende Produktion dient zur Versorgung der

Städte und ist an die Agrarminister abzuliefern. Der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen, Sämereien und Getreide ist Staatsmonopol. Die Beschlagnahme des künftigen Grundbesitzes ist in Vorbereitung, und sind alle Kasse, Verträge und Verpfändungen von künftigen Grundbesitzern verboten.

Die Gewerkschaften sind die eigentlichen Träger des russischen Wirtschaftslebens. Von den Gewerkschaften sind Tarife ausgearbeitet. Es besteht Arbeitspflicht für Mann und Frau. Der Grundlohn für den mittleren Arbeiter beträgt nach den Schilderungen eines Deutschen, der Sommers-Rußland aus eigener Beobachtung an Ort und Stelle in jüngster Zeit kennen lernte, 20 Rubel pro Stunde. Damit wäre ein Vermögen zu erwerben, wenn das nach bolschewistischen Gesetzen möglich wäre. Denn jedes Einkommen über 10000 Rubel wird vom Staate beschlagnahmt. Zu den Grundbesitzern treten, nach derselben Schilderung, Zuschläge nach folgenden drei Grundstufen: 1. für Pächterlicheit, 2. für Innehaltung der Arbeitszeit und 3. das Akkord- und Prämiensystem. Hierzu gibt der Gewerkschaften die folgende Erklärung:

Der Ruß ist von Natur sehr bequem. Die Arbeitszeit beginnt in Rußland gewöhnlich erst um 10 Uhr vormittags und dauert nie länger wie bis 5 Uhr. Trotz dieses späten Arbeitsbeginns kommt der russische Arbeiter meistens aber erst gegen 11 Uhr zur Arbeit und geht schon gegen 4 Uhr wieder fort. Um nun den russischen Arbeiter an Pünktlichkeit und Ausdauer zu gewöhnen, sind die Zuschläge für Pünktlichkeit und Innehaltung der Arbeitszeit eingeführt. Die Arbeitszeit ist die gleiche für alle, sowohl Fabrikdirektor wie Ausseher. Das Akkordsystem kommt nur unter folgenden Gesichtspunkten zur Durchführung: Das Fabrikkomitee und die Gewerkschaft beschließen mit dem Fabrikarbeiter abzusprechen, wann Ueberstunden und Akkordarbeit geleistet werden sollen. Das ist nur in den Fällen gestattet, wo es sich darum handelt, eine für die Landesverteidigung oder für das Wirtschaftswesen dringende nötige Arbeit zu leisten oder eine Arbeit schnell fertigzustellen, daß daran am nächsten Tage von anderen Arbeitern gleich weiter gearbeitet werden kann. Trotz den Ueberstunden darf aber kein Arbeiter die im „Sowjetboden“ festgelegte Wochenarbeitszeit von 42 Stunden überschreiten.

In Sowjetrußland werden die alten kirchlichen Sonnen- und Festtage auch heute noch mit früher geübt. Die religiöse Anschauung ist Privatangelegenheit und nach den Sowiegesetzen wird derjenige schwer bestraft, der seine Mitmenschen wegen ihrer religiösen Ueberzeugung belästigt.

Es sind weitgehende Bestimmungen für den gesundheitlichen Schutz der Arbeiter erlassen. Die vollständige Isolation ist die Arbeitsinspektion, die ihre Maßnahmen und Aufsicht auf alle gesundheitlichen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung erstreckt. Die ausschließliche Zentralisierung ist das Arbeitskomitee mit Jarkat, von dem die Direktion für Arbeiterschutz, Versicherung, Arbeitsvermittlung usw. ausgehen. Die unteren Organe werden von den Berufsorganisationen und Klassen gewählt. Für die Arbeitsvermittlung und Kontrolle der Arbeitslosen sorgen die Arbeitsstellen, die in allen Orten über 20000 Einwohner und in kleineren Orten auf Antrag der Berufsverbände errichtet werden. Die Arbeitsstellen sind den Selbstverwaltungen der Städte angegliedert und es werden Ausschüsse hineingesetzt, die sich aus Vertretern der Gewerkschaften, der örtlichen Arbeiterräte und Selbstverwaltungskörper zusammensetzen. Die private Stellenvermittlung ist verboten.

(Schluß folgt.)

Sur Lage der französischen Schuhindustrie.

Die französische Schuhindustrie, die bekanntlich vor dem Kriege namentlich für besseres Schuhwerk sehr entwickelt war, hat neuerdings unter der Konkurrenz amerikanischen und englischen Fabrikats aufgehört existenz zu finden. Diese Konkurrenz Amerikas und Englands ist im Begriff das französische Schuhgeschäft völlig an sich zu reißen. Die Französer und Amerikaner mit ihren großen modernen Maschinen, ihren überaus vollkommenen Werkzeugmaschinen, ihren guten kaufmännischen Organisationsformen und besonders mit ihrer Spezialisierung haben dazu beigetragen, daß die französische Schuhwarenfabrikation rasche abnimmt.

Allmählich stellt keine französische Firma die nötigen Werkzeugmaschinen her, um Schuhe in Serienfabrikation zu machen. Die französischen Industriellen sind abhängig von der United Shoe-Machinery Company, Boston, und waren früher auch teilweise abhängig von der Maschinenfabrik Wöms in Frankfurt a. M.

Die United Shoe-Machinery Co. verkauft keine Maschinen. Sie gibt die Materialien französischen Fabrikanten zur gegenwärtigen Ab, d. h. die Maschine arbeitet mit einem Säbler; der Meissner berechnet sich nach der Stückzahl. Die französischen Fabriken sind demzufolge vollkommen unter der Kontrolle der United Shoe-Machinery Company. Die Lizenzgebühren sind ganz außerordentlich hoch und so kommt es daß der französische konfessionierte Schuh, der, bevor man amerikanischen Material hatte, 7-8 Franks im Durchschnitt kostete, jetzt auf 28-32 Franks gestiegen ist. Die Maschinenfabrik Wöms hat ebenfalls

Material vertrieben und konfessionierte daher auch teilweise die französischen Werke.

Wie sich heute in der französischen Schuhindustrie die Eigenfabrikation zur Einfuhr verhält, dürfte statistisch noch nicht zu sagen sein. Vor dem Kriege betrug die Eigenfabrikation in Frankreich fast 97 Prozent.

Unter den Einfuhrmaterialien in der Schuhindustrie nach Frankreich dürften für Deutschland vielleicht die Holzabfälle fünfzig gewisse Rolle spielen. Für Holzabfälle werden augenblicklich in Frankreich ein großes folgende Preise bezahlt: 12 Frks. das Duzend für Form Bottier, 15 Frks. für das Duzend für Form Louis XV. Nach diesem Artikel ist in Frankreich zurzeit große Nachfrage. Es wird wenig hergestellt im Vergleich zum Bedarf der Schuhfabriken, von denen einige das Duzend bis 18 Frks. zahlen, um sich die Ware zu sichern. Die oben erwähnten Preise von 12 und 15 Frks. sind diejenigen, welche vom Ausland geordert werden für Ware franco Paris.

Preisnoten sind die Schweiz, Dänemark und Böhmen; jedoch haben alle diese Länder Fabrikations- und Transporterleichterungen. Die üblichen Höhen für die Holzabfälle sind in Frankreich für beide Frauen 48, 50 und 56 Millimeter.

5. Verband des Verbandes der tschechoslowakischen Schuhmacher.

Vom 19. bis 20. Juni tagte im Nationalhaus in der Königl. Weinberge der 5. Verbandstag der tschechoslowakischen Schuhmacher. Berieten waren 94 Ortsgruppen mit 10344 Mitgliedern durch 68 Delegierte.

Für die Internationale Union der Schuhmacher und Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands ist der Genosse König erschienen. Bericht der Schuhmacher Deutschlands wurde durch den Genossen Kanka vertreten. Für den Vollzugsausschuß der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei ist der Abgeordnete Kemez und für den Verband der Sattler und Riemen der Genosse Rybnal erschienen.

Bericht führten: Minister Genosse Jovanis und die Genossen Dvorak J. Sid J. und Müller, Johann. Dem Delegierten wurde ein ausführlicher gedruckter Bericht vorgelegt, den der Genosse Erb ausführlich begründete. Dem Bericht entnehmen wir folgendes: Zu Beginn des Jahres 1918 hat der Verband 40 Ortsgruppen mit 1026 Mitgliedern gehabt. Im Laufe der Berichtsjahre 1918 bis 1919 stieg die Zahl auf 94 Ortsgruppen mit 10344 Mitgliedern. Hierunter sind 3741 Frauen. Es vermehrte sich daher die Zahl der Mitglieder um 2308, die Zahl der Ortsgruppen um 54.

Referenten wurden zu 306 Versammlungen entsendet, bei welchen 27917 Arbeiter und Arbeiterinnen anwesend waren.

Die Arbeitsvermittlung des Verbandes hat 2333 Arbeitsangebote seitens der Arbeitgeber und 3538 Arbeitsgesuche der Arbeiter bekommen. Zahl der vermittelten Stellen: 2684.

Kaufschuß und Beratung wurde in 234 Fällen gewährt. Zuschriften sind 4320 eingegangen und 3388 Stücke wurden abgehandelt. Die Lohnbewegungs-Statistik weist eine große Tätigkeit auf. Streiks sind in 9 Orten mit 21 Betrieben, in welchen 5275 Arbeiter beschäftigt waren, ausgetragen und haben im ganzen 50 Tage dauern. Verloren wurden 3825 Arbeitstage. Erfolg ist günstig gewesen.

Lohnbewegungen waren in 184 Orten bei 1106 Betrieben für 61560 Arbeiter durchgeführt. Sämtliche Lohnbewegungen haben mit Erfolg geendet. Die Lohnregulierung beträgt durchschnittlich 100 Prozent.

Aus dem Kassenbericht (Kassierer Genosse Jurek) soll folgendes hervorzuheben werden: Gesamt-Einnahmen 559068 K., Ausgaben 242678 K. An Unterführungen wurden 18002 K., für Bildungszwecke 29471 K., an Verwaltungsausgaben 36773 K. ausgegeben.

Ueber den Streikfonds, welcher bedeutend gestiegen ist, wurde in vertraulicher Sitzung berichtet, wobei konstatiert wurde, daß der Verband jetzt in der Lage ist, jede Aktion für die Erhöhung der Mindestlöhne zu unterstützen.

Das Fachblatt „Obuvnik“, welches 14tägig erscheint, hatte zu Beginn des Jahres 1918 eine Auflage von 1000 Exemplaren, am Ende des Jahres 1919 schon eine Auflage von 11100 Exemplaren gehabt. Dreimal wurde es beschlagnahmt.

Den Hauptpunkt der Tagung bildete die Regelung der Beiträge und der Unterführung. Zu diesem Punkte referierte Genosse Jurek. Aus der Debatte, welche sich nach seinem Referat entwickelte, ging hervor, daß die Delegierten bereit sind, die Beiträge so zu regeln, damit der Verband finanziell für die Zukunft gesichert werde.

Die Beiträge wurden folgendermaßen erhöht: 1. Kl. 2,20, 2. Kl. 1,00 und 3. Kl. 1.— Kr. Der Beitragserhöhung entsprechend wurden auch die Unterführungen, besonders die Streik-Unterführung, erhöht.

Zum Punkte: „Mehre Tätigkeit in der Zukunft“ referierte Genosse Erb, welcher besonders hervorhob, daß wir trachten müssen, die Arbeiterschaft zu erziehen, damit die Organisation imlande sein wird, die großen Aufgaben, besonders in der Sozialisierungsfrage, zu lösen.

Der Vorsitzende des Verbandes, Minister Genosse Jovanis, referierte über: Soziale Gesetzgebung in der Republik. In seinem Referate wies er auf die Entwicklung der Kranken- und Unfall-Gesetzgebung hin und erklärte gleichzeitig, welche Vorbereitungen in den Fragen der Alters- und Invaliden-Versicherung und der Arbeitslosen-Unterstützung getroffen worden sind. Seine feindselnden Ausführungen lohnte allgemeiner Beifall. Außerdem erledigte der Verbandstag noch eine ganze Reihe verschiedener Angelegenheiten und änderte den Namen des Verbandes, welcher nun den Namen: „Zentral-Verband der Schuhmacher in der Tschechoslowakischen Republik“ führt.

Das Arbeiterlied singend, gingen die Delegierten beim, gefälligst zur weiteren Organisationsarbeit.

Mitteilungen.

Baden. Wegen Arbeitsmangel ist der Zugang von Schuhmachern ferngehalten. — Nachdem sich die Verhältnisse bei der Firma Kofsch in der letzten Woche auf 24 Stunden auf 42 Stunden herausgeholt ist, kann dort ein Schuhmacher und mehrere Stepperinnen eingestellt werden. — Die Mitglieder ermahnen wir nochmals, pünktlicher und zahlreicher die Versammlungen zu besuchen, denn Aufklärung tut wohl den meisten sehr not. Die Versammlungen sollen jetzt um 7 Uhr beginnen. — Am Mittwoch, den 4. August, fanden Verhandlungen mit der Lohnkommission der Meister statt. Der Mindestlohn betrug auf 9. August 4 Mk., der Akkorblöh wurde auf 80 Prozent erhöht. Im Akkorblöh sieht sich bei der jetzigen Zeit beim besten Willen nicht mehr erreichen. Sehr wichtig sind hier auch die Befehle daran. Während früher alle Lehrlinge beim Meister in Kost und Logis waren, müssen diese jetzt mit wenigen Ausnahmen zu Hause essen und schlafen und erhalten dafür Kostgeld. Dieses ist jedoch so gering bemessen, daß man sich wundern muß, daß es aufgefällige Arbeiterkern gibt, die ihre Kinder für ein Trinkgeld den Meistern zur Verfügung stellen. Das Kostgeld beträgt zurzeit 5-15 Mk. wöchentlich.

Auf ein Anschreiben der Handwerkskammer, im 3. Jahr mindestens 25 Mk. zu zahlen, schickten sich die Lehrlingskinder befehdigt. Bei der nächsten Lohnregelung muß auch hier für Abhilfe gesorgt werden.

Baden. Zugang Kreis ferngehalten. Erlundigungen sind beim Vorstand einzuziehen.

Ludwigshafen. Den Reisenden, sowie allen Kollegen zur Kenntnis, daß sich die Kollegen von Ludwigshafen und Umgebung zusammengeschlossen und eine eigene Zählstelle errichtet haben. Die Ortsverwaltung legt sich wie folgt zusammen: Michael Gehring, Vönsburgstr. 14, 1. Bevollm., Josef Hützelstein, Ludwigstr. 7, 2. Bevollm., Jakob Wühl, Kanalstr. 10, 3. Bevollm. Unterstützungen zahlt der 2. Bevollmächtigte abends von halb 5 bis 6 Uhr in seiner Wohnung aus. — Alle Zuschriften sind an den 1. Bevollmächtigten zu richten.

Meißen. Zugang Kreis ferngehalten. Erlundigungen beim Vorstand einzuziehen.

Romane. Am 31. Juli tagte die diesjährige Zählstelle. Inter Gesellschaftlich brachte der Kollege Maurich einen Antrag ein betr. den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Es entspann sich über diesen Punkt eine lebhaftes Debatte. Die Kollegen erließen in der Arbeitsgemeinschaft das größte Uebel und Hindernis im Kampf um die Erringung des wahren Sozialismus. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen und an den Hauptvorstand abgehandelt:

„Die Zählstelle Romane stellt den Antrag, den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft so schnell wie möglich zu vollziehen, da wir befürchten, daß uns vielleicht nur Schäden durch die Arbeitsgemeinschaft zugefügt werden kann.“

Das weitere wurde bekannt gegeben, daß die Sammlung bei der Firma Haack und Kuch für die arbeitslosen Kollegen den Betrag von 439 Mark ergeben hat. In der Versammlung wurden außerdem noch 2 Mark ausgeteilt.

Am 2. Punkt wurde der Kasienbericht vom 2. August vom Kassierer bekanntgegeben. — Im 2. Punkt wurde dem Kassierer die Berichtsmeldung mit der Zählstelle wiederum bekanntgegeben und dieselbe von den Kollegen angenommen. — Unter Verschiedenes wurde noch die Urlohsbewilligung an die Kollegen bei der Firma Krüger bekanntgegeben, und ist Krüger auf den ihm vom Verband unterbreiteten Beschlag eingegangen.

Die nächste Mitgliederversammlung findet in Potsdam statt, Zeit und Lokal wird noch bekannt gegeben, und ist es Gebührensspflicht jedes Kollegen, dort zu erscheinen. G. E. Ortsverwaltung: Max Geier, Schriftführer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 16. August bis 22. August der 34. Wochenbeitrag fällig ist.

Am die Ortsverwaltungen und Mitglieder. In der Sitzung des Zentralvorstandes vom 16. Juli wurden die Ortsklassen-Vendungen beschlossen:

Einzahlung.	
	Fingerring in Ortsklasse
1. Ellwangen	4
2. Erlenang	4
3. Hohenlimburg	4
4. Hord a. N.	4
5. Nieder-Walluf	4
6. Rabolfsell	4
7. Rotenburg a. N.	4
8. Rüttingen-Wilhelmsbaven	2
9. St. Jigen	4
10. Wasserburg	4

Versehung.	
Beantragte Versehung in Ortsklasse	Beschluß in Ortsklasse
1. Bamberg	2
2. Dabringhausen	3
3. Fürth	1
4. Fürth i. W.	4
5. Bergenaurosch	3
6. Bujum	2
7. Rüdowisburg	2
8. Lunenau	2
9. N. Altbach	2
10. Röhdt	2
11. Kobalben	2
12. Schaag	4
13. Wiesloch	3

Die Anträge der übrigen Orte wurden zur gütlichen Aushörung an die betreffenden Bezirkstarikommisionen verwiesen und sind einzuweisen noch unerledigt geblieben.

Auf Grund des § 6 Abs. 1 des Statuts wurde folgenden Zahlstellen die Erhöhung, bezw. Einführung von Extrabeiträgen ab 1. Juli genehmigt:

- Alzey 30 Pfg. pro Mitglied und Woche, Bremen 15 Pfg. pro Mitglied und Woche, Braunshweig für die Monate Juli, August und September 30 Pfg. pro Mitglied und Woche, Burgundshadt vom 1. August ab in der 1. Klasse 25 Pfg. in der 2. und 3. Klasse 30 Pfg., Eioleben 20 Pfg. pro Mitglied und Woche, Göttingen 20 Pfg. pro Mitglied und Woche, Meihen 20 Pfg. pro Mitglied und Woche, München vom 1. August ab in der 1. Klasse 55 Pfg. in der 2. und 3. Klasse 60 Pfg., Nierenleben 20 Pfg. pro Woche und Mitglied, Rüttingen für die Monate Juli, August und September 20 Pfg. pro Monat und Mitglied.
- Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge die Folgen des § 9 Abs. 1 nach sich zieht.

Portofreiheit für die Arbeitslosenkarten. Die Portofreiheit für die Karten zur Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit ist wieder aufgehoben worden. Die Karten sind in Zukunft also mit 30 Pfg. freizumachen, worauf zur Vermeidung von Strafporto ganz besonders hingewiesen wird. Der Hinweis auf Seite 228 unseres Jahrbuches, daß die Zahlstellen kein Porto kosten und ohne Marke in den Briefkasten zu werfen, ist also hinfällig; es wird erlucht, diesen Passus in dem Handexemplar der Ortsverwaltungen zu streichen.

Wir erwarten, daß trotz dieser Aenderung die Pünktlichkeit in der Berichterstattung von keinem einzigen Orte einen Abbruch erleidet. In Zeiten solch außerordentlicher Arbeitslosigkeit wie jetzt, ist eine genaue Arbeitslosenzählung außerst notwendig und wertvoll. Der Verband hat die Kosten dieser Statistik nicht allein zu tragen. Die Portoauslagen werden ihm im Geseamtlichen Mitteln vergütet.

Die Doppelbriefkäse zu 6 Mk. ist verziffen. Dagegen ist eine Doppelbriefkäse mit Schloß und vier Fächern zum Preis von 8,50 Mk. eingetroffen.

Von den Doppelbriefkäsen zu 4 Mk. ist noch eine Anzahl vorhanden, desgleichen von den größeren Aktentaschen, die sich zum Austragen des Fachblattes eignen. Preis 3 Mk. Genannte Taschen werden zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder veräußert und sind zu empfehlen. Bestellungen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen. Kürnberg, den 14. August 1920.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Wittlich. Hermann Marquardt, Kaufwaidstr. 8, part. 1. Bev. Zischberg, Schief. Josef Eder, 1. Bev.; Ewald Weisrauch, 2. Bev. — Unterstützungen zahlt der 2. Bev. in seiner Wohnung, mittags von 12-1 Uhr, aus. Vereinslokal: Gasthof zum Hochstein, Markt 22.

Wiesener. Georg Mayer, 1. Bev., Hammerstr. 17; Christoph Wiesner, 2. Bev., Döbenaustr. 22. Unterstützungen zahlt der zweite Bevollm. in seiner Wohnung abends von 6-7 Uhr aus. Sämtliche Zuschriften sind an den 1. Bevollmächtigten zu richten. Versammlungslokal: Gewerkschaftshaus Schillergarten, Parkstr. 35. Mitglieder-Versammlung jeden 1. Montag im Monat.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. r. B. Deutschlands (Ortsklasse) zu Hamburg. Bekanntmachung des Hauptkassierers. Gelder gingen ein vom 10. Juli bis 7. August 1920:

- Griesheim 200.—; Regensburg 200.—; Stadthlm 220.—; Leonberg 200.—; Darmstadt 37,50; Kohnwein 100; Jul 50.—; Kiel 300.—; Zwönitz 70.—; Stolp 111,10; Leipzig 200.—; Zuffenhausen 100.—; Krotzsch 200.—; Barmen 200.—; Romane 200.—; Cassel 600.—; Weidensfeld 50.—; Erfurt-Nord 150.—; Röhhausen 300.—; Oels 14,98; Eilen 100.—; Gr. Steinheim 200.—; Turtlinnen 500.—; Göttingen 50.—; Magdeburg 300.—; Otterfen 200.—; Freyde 1000.—; Speyer 503,10; Kebab 100.—; Witona 200.—; Olpe 50.—; Potsdam 50.—; Eickelbühl 200.—; Kornwestheim 150.—; Enbingen 150.—; Marburg 100.—; Coburg 100.—; Lahr 250.—; Göttingen 300.—; Pirmasens 300.—; Epanbau 250.—; Kottod 50.—; Bergenaurosch 1000.—; Hamburg 1000.—; Homburg 130.—; Schöneberg 200.—; Völk 60.—; Chemnitz 300.—; Avelbrüden 80.—; Burg 2500.—; Stettin 200.—; Witna 100.—; Breslau 500.—; Fürth 800.—; Remten 250.—; Remmlingen 125.— Mk. Summa 18 706,68.
- Zuluzug erhielten: Coburg 700.—; Annweiler 100.—; Ludwigs 150.—; Nordheim 100.—; Keurupia 200.—; Langendiebach 100.—; Mering 200.—; Norms 100.—; Jönau 1500.—; Marbach 200.—; Heulenhamm 75.—; Niederrat 200.—; Fochum 700.—; Krambe 550.—; Karlsruhe 400.—; Witten 100.—; Pannaendiebach 200.—; Jönau 150.—; Dietesheim 300.— Mk. Summa 8925.— Mk. Hamburg, den 7. August 1920. Zul. Jaffe.

Literarisches.

Die neue Nummer der „Freien Welt“ ist der Erinnerung an den Beginn des Weltkrieges gewidmet. Hier wird das wahre Gesicht des Krieges in Wort und Bild gezeigt. Einige aktuelle Bilder, ein anregender Bericht aus Sowjet-Rußland, der Roman und kleine Beiträge ergänzen das packende Fest. Preis des Heftes 60 Pfg. Verlag: „Freiheit“ Berlin C., Breitenstr.

Versammlungs-Kalender.

Mitglieder-Versammlungen.

- Bremen. Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr pünktlich im „Gewerkschaftshaus“, Faulenstraße 56/60, Düsseldorf.
- Düsseldorf. Montag, den 23. Aug., abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.
- Eisleben. Sonntag, den 29. Aug., frühmorgens 10 Uhr Versammlung im Lokal Kessel.
- Gera. Jeden letzten Montag im Monat bei Mich. Michel, Geyerstr.
- Hirschberg i. Schl. Sonntag, den 22. August, vorm 9 Uhr im „Waldhaus zum Hochstein“, Markt 22.
- Chemnitz. Montag, den 30. Aug., abends 8 Uhr im Restaurant „Café“, Bahnhofstraße.
- Witten. Montag, den 30. August, nachmittags 5 Uhr Versammlung im „Drauer-Schloß“, Schloßstr.
- Zwenkau. Freitag, den 20. Aug., abends 7 1/2 Uhr im Gasthof „Zum goldenen Adler“.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Geschäftsleitung der Schuhindustrie in statistischer Beleuchtung. — Betriebsräte-Konferenz unseres Verbandes. — Lage und Zustände im böhmischen Schuhland. — Zur Lage der französischen Schuhindustrie. — 5. Verbandstag des Verbandes der Tschechoslowakischen Schuhmacher. — Mitteilungen. — Verhandlungsberichte. — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Versammlungskalender.

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Bod. Götth. Druck u. Verlag von Wilh. Bod u. Co., Götth.

Jung. Schuhmachergehilfe
 pfeifertig, technisch durchgebildet, in seiner Herren- und Damenarbeit, welcher auch Schäfte macht und wackelbaren kann
sucht Stellung.
 Gefällige Anfragen unter M. 100 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Nichts ist jetzt notwendiger
 für jeden Kollegen als das Studium der Fachzeitschrift
„Die Schuhmacher“
 Abonnementspreis: pro Quartal Mark 5.—

Den lieben Arbeitskollegen für das freiwillige Ertragen zur letzten Ruhestätte meines lieben Gatten, des Schuhmachers
Emil Lippmann
 meinen innigsten Dank.
 Die trauernde Witwe Marie Lippmann nebst Mutter u. Geschwister.
 Zitzschwiga, den 9. August 1920.

Inserem lieben Kollegen Wilh. Heilmann, Eduard Auster, Wilh. Baumkötter zu ihrem 25 jährigen Verbands-Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.
 Die Kollegen der Zählstelle Eisleben.